

Kooperative Ausbildung im ländlichen Raum

Ausgangslage

Die Ausbildungszurückhaltung gerade der großen Unternehmen, die immer kurzfristiger in Kategorien der reinen Kostensenkung denken und den drohenden Fachkräftemangel ignorieren, wird seit vielen Jahren beklagt.

Auch im Handwerk, das für den ländlichen Raum von großer Bedeutung ist und das sich lange Zeit als Ausbildungsgarant darstellte, ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge schon zwischen 1980 und 2000 um 40% zurückgegangen.¹

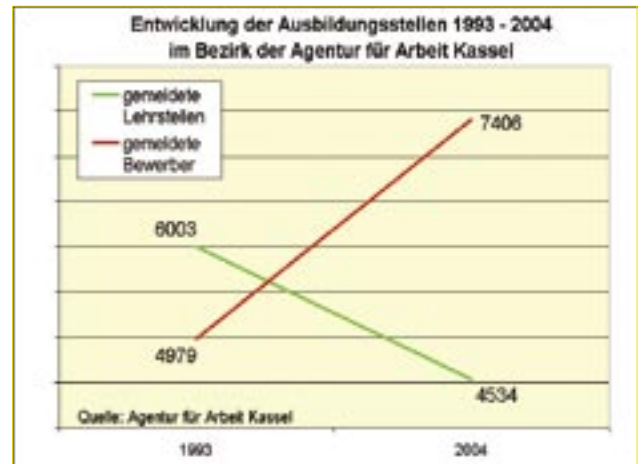
Ab 1994 erreichte diese Entwicklung jährlich neue dramatische Höhepunkte. Jedes Jahr werden neue Tiefstände bei den Zahlen der gemeldeten Ausbildungsstellen



und abgeschlossenen Ausbildungsverträge registriert und neue Rekorde bei der Zahl der unversorgten BewerberInnen. So wurden 2001 z. B. noch 570.300 betriebliche Ausbildungsplätze registriert, am 31.8.2004 aber nur noch 455.038.² Im Herbst 2004 wird die Zahl der unversorgten Jugendlichen, die in Überbrückungsmaßnahmen untergebracht sind, auf etwa 470.000 geschätzt.³

An diesen Zahlen ändern auch die nationalen oder regionalen Ausbildungspakte von Politik und Wirtschaft wenig. Zwar wurden für 2004 36.300 neu geschaffene Ausbildungsplätze gezählt und die Zielgröße von 30.000 neuen Stellen damit formal erreicht, durch den zeitgleichen Ausbildungsplatzabbau in anderen Unternehmen bleibt unterm Strich allerdings nur ein Plus von 10.800 Plätzen. Gleichzeitig verließen 2004 aber 20.000 Jugendliche mehr als im Vorjahr die Schulen⁴ und erscheinen die in den Vorjahren in Warteschleifen verschobenen Jugendlichen erneut als NachfragerInnen auf dem Ausbildungsmarkt.

In der Modellversuchsregion stellt sich die Ausbildungssituation noch weit dramatischer dar als im Bundesdurchschnitt. Fast 30% der AusbildungsbewerberInnen waren



Ende August 2004 in Hessen noch unvermittelt. Damit bildet Hessen wieder einmal das Schlusslicht der alten Flächenstaaten.⁵

Angesichts dieser dramatischen Lage auf dem Ausbildungsmarkt sinken die Chancen der leistungsschwächeren Jugendlichen gegen Null. Hauptschulklassen werden oftmals geschlossen durchgereicht in die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Berufsschulen, eine Ausbildungsstelle findet kaum einer von ihnen. Ehemals klassische Hauptschüler-Berufe wie Verkäufer oder Elektriker werden heute gern mit AbiturientInnen besetzt. Wenn sich nicht wenigstens eine RealschülerIn findet, bleibt die Ausbildungsstelle unbesetzt. HauptschülerInnen, die zusätzlich mit individuellen und/oder sozialen Problemen in diesen harten Wettbewerb gehen müssen, sehen ohne jede Perspektive auf das Ende ihrer Schulzeit. Dadurch werden Motivation und Leistungsbereitschaft weiter herabgesetzt. Eine Desolationsspirale ohne Aussicht auf einen Ausweg.



Probierwerkstatt für HauptschülerInnen

Zielsetzung

Der Modellversuch will nach Wegen suchen, nicht nur betriebliche Ausbildungspotenziale wieder zu aktivieren, sondern Betriebe gerade auch für die Ausbildung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf zu gewinnen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss geklärt werden, warum Betriebe sich mehr und mehr aus der Ausbildungsverantwortung zurückziehen. Neben strukturellen und konjunkturellen Problemen der Wirtschaft hat der Rückgang der



Assessmentcenter für HauptschülerInnen

Ausbildungsbereitschaft vorrangig eine Ursache: die wachsende **Discrepanz von Bewerbervoraussetzungen und Ausbildungsanforderungen**.⁶ Hohe Ausbildungskosten⁷ und konjunkturabhängige betriebswirtschaftliche Unsicherheiten sind häufig genannte Ursachen für den Rückzug aus der Ausbildung. Eine oft angeführte Begründung von Betrieben für ihre Ausbildungszurückhaltung ist aber auch, dass die Jugendlichen, die sich bei ihnen bewerben, aufgrund ihrer schulischen oder/und personalen Voraussetzungen nicht ausbildbar sind. „Lieber keinen Aus-

die betrieblichen Zusammenhänge und Zwänge einzuordnen oder sie scheitern. Jeder 4. bis 5. Ausbildungsvertrag wird inzwischen vorzeitig gelöst.⁸ In kleinen und mittleren Handwerksbetrieben fehlt für Stützung und Förderung in der Regel Zeit und Kompetenz.

Die traditionelle duale Ausbildung funktionierte, solange die Betriebe auf leistungsbereite und leistungsfähige problemlose Auszubildende zurückgreifen konnten. Sie wird zum Problem in dem Maße wie einerseits die individuellen und sozialen Schwierigkeiten der Jugend-



Assessmentcenter: Neigungen und Fähigkeiten prüfen

zubildenden, als einen, mit dem man doch nur Ärger hat!“ Der betriebliche Arbeitskräftebedarf lässt sich oftmals unkomplizierter und billiger mit frei disponiblen Arbeitskräften aus Osteuropa decken.

Der Existenzkampf lässt kleinen Betrieben in aller Regel kaum Zeit, sich intensiv um die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten zu kümmern oder gar auf individuelle Lernschwierigkeiten oder persönliche Probleme einzugehen. Entweder Auszubildende schaffen es, sich das notwendige Fachwissen anzueignen, ihre Probleme eigenständig zu lösen und sich in

lichen zunehmen und nur noch die Gruppe der Schwächeren für eine Ausbildung im Handwerk zu gewinnen ist und wie gleichzeitig auf der anderen Seite die Ausbildungsanforderungen in vielen Berufen steigen.

Heute ist der Unterschied zwischen den Auszubildenden im Handwerk und den Auszubildenden in außerbetrieblicher Ausbildung häufig nicht mehr sehr groß. Problemgruppen sind nicht mehr nur die benachteiligten Jugendlichen sondern alle HauptschülerInnen. **Die Ausbildungsbetriebe sind absolut überfordert.** Sie

klagen über die Jugendlichen, sie klagen über die allgemeinbildenden Schulen, sie klagen über die Berufsschulen, sie klagen über die gesetzlichen und tariflichen Regelungen, sie beklagen die gesamte Ausbildungssituation.

Die Überforderung der Betriebe hat zwei Auswirkungen:

- Viele Betriebe ziehen sich aus der Ausbildung zurück.
- Eine wachsende – mitunter schon dramatisch hohe – Zahl von Jugendlichen scheitert in der Gesellenprüfung.⁹

Für ihre unzureichenden Ausbildungsleistungen sollten die Betriebe allerdings nicht allein verantwortlich gemacht werden. Bil-

resultierenden Probleme können nicht die Betriebe allein lösen. Dazu bedarf es vielmehr neuer bildungspolitischer Antworten, die über das notdürftige Management der akuten Tagesprobleme hinausgehen und Betriebe nicht mit Appellen, sondern mit problemlösenden Maßnahmen für die Ausbildung zurückgewinnen.

Für diese bildungspolitische Zukunftsaufgabe will der Modellversuch Erfahrungsgrundlagen und Erkenntnisse sammeln und be-



Berufsvorbereitung: Vermittlung von Grundqualifikationen

zierung flexibler individueller Betreuungskonzepte zu gewinnen und zu verbreiten, denn die Reaktivierung von betrieblichen Ausbildungspotenzialen ist eine **Schlüsselfrage für die Benachteiligtenausbildung wie für das System der dualen Ausbildung.**

Vorgehensweise

Mit dem Modellversuch soll versucht werden, für 100-130 Jugendliche Ausbildungsplätze zu schaffen, in dem die individuellen Bedarfe der Betriebe und die individuellen Förderbedarfe der Jugendlichen ermittelt und durch individuelle Begleitmaßnahmen aufeinander abgestimmt werden. Zielgruppe sind die AbgängerInnen von Haupt- und Lernhilfe-



dungsakteuren und Bildungsverantwortlichen muss klar sein, dass es nicht gut gehen kann, wenn man Betriebe – und das sind vielfach von eigenen Existenzsorgen geplagte kleine Handwerksbetriebe – allein lässt mit den Lern-, Verhaltens-, Motivations- und Orientierungsproblemen von Jugendlichen, an denen schon die Eltern und LehrerInnen gescheitert sind. **Das Anforderungsprofil in der beruflichen Bildung ändert sich, - nicht nur fachlich, sondern auch pädagogisch. Die daraus**

reitstellen. Er will die Interessens- und Problemlagen von Kleinbetrieben, insbesondere von Handwerksbetrieben, erkunden und bedarfsgerechte Formen der Ausbildungsunterstützung erproben. Gegenstand des Projekts soll es sein, für AusbildungsbewerberInnen mit besonderem Förderbedarf Ausbildungsplätze in Betrieben oder in einer Verbundausbildung zu schaffen und dabei **verallgemeinerbare Erkenntnisse über Akquisitionsstrategien und über die Organisation und Finan-**



Berufsvorbereitung Metall



Ausstellung in der Handwerkskammer: Ideenfindung

schulen, die nach Abschluss der Schule, nach einem Berufsvorbereitungsjahr oder nach anderen Überbrückungsmaßnahmen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützt werden.

Zur Vorbereitung der Jugendlichen werden Instrumente wie **Assessmentcenter** zur Überprüfung der Berufswünsche, **Berufswegeplanung**, **Bewerbertrainings** und **begleitete Praktika** eingesetzt.

Die Begleitung der Jugendwerkstatt Felsberg soll den Jugendlichen helfen, ihr Berufswahlspek-



Handlungsorientiertes Lernen: Projektierung einer PV-Anlage

trum zu erweitern und sie in ihren Bemühungen um einen Ausbildungsplatz unterstützen. Die Feststellung von Kompetenzen, Neigungen und Lebensvorstellungen in Assessmentcentern und Beratungsgesprächen wird helfen – in Abstimmung mit der Arbeits-

agentur und den AusbildungsplatzakquisiteurInnen der Wirtschaft – passende Ausbildungsstellen für die SchulabgängerInnen zu ermitteln. Bei ihren Bewerbungen werden die Jugendlichen unterstützt durch **Betriebsgespräche** und – falls erforderlich – **Dienstleistungsangebote an die Betriebe**. Mit dem Modellversuch sollen für die Betriebe attraktive Serviceangebote entwickelt und getestet werden.

Dabei geht es darum, die Interessen der Betriebe von der monetären Orientierung auf qualitative Zugewinne hin zu lenken. Viele Betriebe sind durch die Vielzahl öffentlicher Förderungen so eingestimmt, dass sie ohne diese nicht mehr ausbilden. Nicht alle Betriebe wollen Geld, aber alle wollen auch geldwerte Vorteile, wenn sie benachteiligte Jugendliche ausbilden.

Wichtiger als „cash“ sind für die Betriebe oftmals

- Bewerberauswahl
- Eignungsprüfung
- ausführliches Kennenlernen der Azubis
- Aufarbeitung schulischer Defizite
- Vorqualifizierung
- Aufarbeiten fachtheoretischer und –praktischer Defizite (ausbildungsbegleitend und vor Prüfungen)



Ausstellung in der Handwerkskammer: Arbeitsplanung

- sozialpädagogische Begleitung
- Krisen- und Konfliktmanagement
- Vorsorge für personale und betriebliche Krisensituationen („Rückgabegarantie“ in außerbetriebliche Ausbildung oder Wechsel in andere Verbundbetriebe)

Das spezielle Interesse des Betriebes und der individuelle Förderbedarf des Jugendlichen bestimmen den individuellen Umfang der Leistung.

Manche Jugendliche brauchen nur Hilfe bei der Suche und Überzeugung eines geeigneten Ausbildungsbetriebs, andere brauchen eine pädagogische Übergangsbegleitung, viele brauchen Hilfen zur Aufarbeitung schulischer Defizite, andere brauchen Trainings für Teamfähigkeit, Selbstbewusstsein



Elektroausbildung: Messübungen



Ausstellung in der Handwerkskammer: Letzte Feinheiten

oder Eigenständigkeit, einige müssen nur gelegentlich im Betrieb besucht werden, andere brauchen über längere Zeit eine pädagogische und fachliche Begleitung oder sogar die Intensivbetreuung einer außerbetrieblichen Werkstatt.

Für die verschiedenen Förderbedarfe müssen je spezifische Konzepte der Redualisierung der Qualifizierung gefunden werden.

Um derart individuelle Begleitangebote realisieren und effektiv gestalten zu können, muss die Berufsvorbereitung beim Träger konzeptionell und organisatorisch umgebaut werden. Zum einen sollen die TeilnehmerInnen früher und näher an Betriebe herangeführt und Ausbildungsverhältnisse systematischer über Praktika angebahnt werden. Zum anderen soll die Berufsvorbereitung modu-



Praktikum im späteren Ausbildungsbetrieb

larisiert und in **zertifizierte und auf die Ausbildung anrechenbare Teilqualifikationen** gegliedert werden.

Für die ausbildungstärksten Berufsfelder in der Region – nämlich Metall, Nahrung, kaufmännische Berufe – sollen Angebote für ausbil-

dungsbegleitende Hilfen oder Verbundausbildungen entwickelt werden. Außerdem soll eine **Betriebsagentur** eingerichtet werden, die für die Akquisition von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen zuständig ist, Partnerbetriebe und TeilnehmerInnen regelmäßig besucht, bei der Ermittlung von Lernerfolgen und Förderbedarfen mitwirkt, in der Regelförderung nicht förderfähige TeilnehmerInnen stützt, Information und Ergebnisdokumentation für Betriebe und Jugendliche gewährleistet, als Regiestelle notwendige Betriebswechsel von Jugendlichen organisiert und für die Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen zuständig ist.

Vernetzung

Die Arbeit der Jugendberufshilfe führte zwangsläufig zur Entwicklung eines breiten Kooperationsnetzes mit Kreisämtern und Beratungsstellen, Arbeitsamt, Kammern, Innungen, allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Heimen, Therapieeinrichtungen, Jugendgerichtshilfe, Jugendpflegen, anderen Freien Trägern und Betrieben.



Ausstellung in der Handwerkskammer: Eingang

Gerade die horizontale Kooperation in der Region ist in den letzten Jahren nachhaltig verbessert worden. Durch die gemeinsame Ausbildung mit 60 **Handwerksbetrieben** ist der Zugang zur Wirtschaft und ihren Organisationen ausgebaut und vertieft worden. Auch zu 5 allgemeinbildenden und 3 beruflichen Schulen sind in den letzten Jahren enge Kooperationsbezüge hergestellt worden.

Beim Aufbau neuer Kooperationsnetze und Ausbildungsverbünde soll mit allen relevanten AkteurInnen zusammengearbeitet werden. Daten und Erfahrungen



Lernen in betrieblichen Arbeitssituationen

von Kammern, Innungen, Betrieben, Arbeitsagentur, allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sollen einbezogen und genutzt werden. Eine Datenbank und der interinstitutionelle Austausch über ansprechbare Betriebe sollen Akquisition und Kontaktpflege

erleichtern und effektivieren und zugleich die Grundlage bilden für die Weiterführung der Arbeit über den Modellzeitraum hinaus.

Anmerkungen

¹ www.zdh.de, Download „Schule“, S.1



² Frankfurter Rundschau vom 22.9.2004, S.9

³ Genaue Zahlen liegen im November 2004 nur von der Bundesagentur für Arbeit vor, die 131.946 TeilnehmerInnen in berufsvorbereitenden Maßnahmen meldet (Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Nov. 2004, S. 20). Für den schulischen Bereich ist ebenfalls von höheren Zahlen als im Vorjahr auszugehen, in dem 128.500 SchülerInnen in BVJ und BGJ und 475.000 in der Berufsfachschule registriert waren (Stat. Bundesamt, Arbeitstabelle zur Fachserie 11, Reihe 2 Berufliche Schulen, 2003/2004).

⁴ Frankfurter Rundschau vom 22.9.2004, S.9

⁵ Hessisch-Niedersächsische Allgemeine vom 9.9.2004

⁶ Vgl. dazu auch Kloas, Peter-Werner, Integrationsförderung und Handwerk, in: Jugend-Beruf-Gesellschaft, Heft 4/2002, S. 169.

⁷ Gerade im Handwerk stiegen die Nettokosten der Ausbildung in den letzten 10 Jahren um 27%, während sie in Industrie und Handel z.B. um 1 % sanken. Vgl. dazu Ursula Beicht, Günther Walden, Wirtschaftlichere Durchführung der Berufsausbildung – Untersuchungsergebnisse zu den Ausbildungskosten der Betriebe, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 6/2002, S. 42.

⁸ Vgl. Berufsbildungsbericht 2002, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Tabelle 19, S. 734. Insgesamt sind es 15%, im Handwerk sogar über 20%.

⁹ Vgl. dazu Berufsbildungsbericht 2002, Übersicht 2.2.3/1, Teilnehmerinnen an Abschlussprüfungen und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen 2000, S. 255.

Titel:

Kooperative Ausbildung im ländlichen Raum

FKZ:

01NL0328

Laufzeit:

01.03.2004 - 30.09.2006

Durchführungsträger:

Jugendwerkstatt Felsberg e. V.

Sälzerstr. 3a

34587 Felsberg

Tel. 05662 9497-0

Fax 05662 9497-49

info@jugendwerkstatt-felsberg.de

www.jugendwerkstatt-felsberg.de

Wissenschaftliche Begleitung:

Prof. Dr. C. Becker

Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH (GIB)

Lützowstr. 102

10785 Berlin

Tel. 030 261-1845

c.becker@gib-online.de

Fachliche Betreuung:

Dr. Hans-Peter Albert

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V.

Koblenzer Str. 112

53177 Bonn

Tel. 0228 3821315

Fax 0228 3821323

hans-peter.albert@dlr.de

Administrative Betreuung:

Bundesinstitut für Berufsbildung

Rober-Schuman-Platz 3

53175 Bonn

Fördernde Institutionen:

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Herausgeber:

Bundesinstitut für Berufsbildung

Der Generalsekretär